

Fake E-Mails von angeblichen Behörden

Betrügerische oder erpresserische E-Mails mit Anhängen, die von Behörden oder Polizeidienststellen zu kommen scheinen, verursachen mittlerweile Schäden in Höhe von mehreren hunderttausend Euro.

In diesen Schreiben wird behauptet, dass die Empfängerinnen und Empfänger angeblich eine Straftat begangen haben und ein E-Mail zur Rechtfertigung an eine angegebene E-Mailadresse schreiben sollen. Wird dieser Köder geschluckt, fordert das falsche „Amt“ eine „Strafzahlung“, um die Sache zu bereinigen.

Kriminelle gelangen über Datenlecks auf Internetplattformen oder Foren an tausende E-Mailadressen und versenden ihren Spam ohne großen Aufwand an hunderte Empfängerinnen und Empfänger gleichzeitig. Beißt nur ein kleiner Prozentsatz an, ist das für die Täter schon ein Gewinn.

Die Dokumente sind oft sehr authentisch gestaltet und enthalten echte Logos und tatsächlich existierende Namen von Polizeiführungskräften. Die allgemeine, unpersönliche Anrede und die Erwähnung von Straftaten, die womöglich nie verübt wurden, sollten die Alarmglocken schrillen lassen.

Echte Behörden schicken Zahlungsaufforderungen niemals per E-Mail.

Die Polizei empfiehlt:

- Löschen Sie diese E-Mails, gehen Sie keinesfalls auf Forderungen ein.
- Überprüfen Sie ihren Computer und das Handy regelmäßig auf Viren und ändern Sie regelmäßig Ihre Passwörter (mindestens 9 Zeichen, Groß- und Kleinbuchstaben, Sonderzeichen).
- Überlegen Sie, verschiedene E-Mailadressen für verschiedene Aktivitäten zu nutzen.
- Öffnen Sie keine Links oder Anhänge von unbekanntem Absendern.
- Folgen Sie keinen Zahlungsaufforderungen.
- Erstellen Sie im Schadensfall eine Anzeige bei der Polizei.

Oft ist eine kurze Recherche, z.B. auf www.watchlist-internet.at hilfreich, einen Schwindel zu erkennen. Verdächtige Schreiben können sie auch an die Meldestelle des Bundeskriminalamtes, against-cybercrime@bmi.gv.at weiterleiten.

Auf Internetseiten, wie <https://sec.hpi.de/ilc> und <https://haveibeenpwned.com> können Sie überprüfen, ob Ihre E-Mailadresse durch ein Datenleck im Internet veröffentlicht wurde.

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Homepage der Kriminalprävention des Bundeskriminalamtes unter <http://www.bundeskriminalamt.at> oder auf den Facebook-Seiten www.facebook.com/bundeskriminalamt, unter der Telefonnummer 059 133-0 und natürlich auch auf jeder Polizeieinspektion.